

Vom Verdrängen
und Umbenennen
der Migrationsrealität

Ist Deutschland ein Einwanderungsland?

Helmut Berschin

„Erstaunlich, wie man die Welt verändert, indem man die Dinge neu benennt und alles beim alten lässt.“

Hugo Loetscher
Die Papiere des Immunen, 1986

Der 3. Oktober 1990 war ein Tag für die Geschichtsbücher, dessen Botschaft – in einer verbreiteten Schlagzeile ausgedrückt – lautete: *Deutschland ist wiedervereinigt*. Knapp elf Jahre später scheint ein vergleichbares nationales Ereignis stattgefunden zu haben – zumindest für die *Süddeutsche Zeitung*, die am 4. Juli 2001 groß titelte: *Deutschland ist Einwanderungsland*.

Die Süsmuth-Kommission

Was war geschehen? Eine vom Bundeskanzler Schröder eingesetzte Expertengruppe zur Zuwanderung (nach der Vorsitzenden auch Süsmuth-Kommission genannt) hatte der Öffentlichkeit ihren Abschlussbericht vorgestellt. Der Bericht kam zu dem Fazit, der Satz *Deutschland ist kein Einwanderungsland* sei „unhaltbar geworden“, und forderte eine Neuorientierung der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Diese Neuorientierung steht nun unter dem Stichwort *Einwanderungsgesetz* auf der politischen Tagesordnung. Der äußerlich triviale Vorgang – es gibt viele Kommissionen, die irgendwann ihre (wenig gelesenen) Berichte abgeben – war dieses Mal von hoher Regierungssymbolik: Eine beherrschende Streitfrage der neunziger Jahre, nämlich *ob Deutschland ein*

Einwanderungsland sei, wurde nicht politisch beantwortet, sondern durch den „gesellschaftlichen Konsens“ einer überparteilichen Expertengruppe, an deren Spitze eine prominente CDU-Politikerin stand. Die Öffentlichkeit übernahm diesen Konsens als höhere Wahrheit, und damit verengte sich der Diskussionsrahmen vom *Ob* des Einwanderungslandes auf das *Wie* – auch für die CDU, die nun argumentativ umsteuern musste und dafür vom Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Rezzo Schlauch, bescheinigt bekam: „Es ist aber gut, dass sich die CDU von ihrer grandiosesten Lebenslüge verabschiedet hat, dass nämlich Deutschland kein Einwanderungsland sei“ (SZ, 4. Mai 2001).

Von einer Lebenslüge zur nächsten

Mit *Lebenslügen* haben die Grünen eine besondere Erfahrung. Das Wort wurde in den achtziger Jahren zum politischen Kampfbegriff in der Diskussion um die deutsche Einheit: Wer damals nicht für die Zwei-Staaten-Theorie eintrat, welche die deutsche Teilung als historisch notwendig und endgültig bewertete, als „Logik der Geschichte“, dem wurde „Realitätsverlust“ unterstellt, und das Wort *Wiedervereinigung* wurde als „Lebenslüge der Bundesrepublik“ gedeutet: „Wir sollten“, erklärte noch im Juli 1989 der Grünen-Abgeordnete Joschka Fischer, „das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“ Wenige Monate später war die Diskursblase von der Lebenslüge geplatzt, die

Realität hatte über die herrschende Meinung gesiegt.

Tempi passati? Noch nicht; denn die politische Familienähnlichkeit zwischen Gegnern der deutschen Einheit und Anhängern einer Einwanderungsrepublik ist offensichtlich: Wer früher von der *Wiedervereinigung* als „Lebenslüge“ sprach (und sich grandios täuschte), predigt heute das *Einwanderungsland Deutschland* – und möchte sich natürlich nicht wieder täuschen, sondern Recht bekommen. Aber wie? Ein geschichtliches Großereignis wie die Wiedervereinigung, das den deutschen Nationalstaat neu begründete, fände man für ein „Einwanderungsland Deutschland“ nicht: Im Unterschied zu klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien, die genau datieren können, wann ihre „Gründerväter“ ins Land kamen, ist die deutsche Nation – ebenso wie die anderen alt-europäischen Nationen – in einem jahrhundertelangen historischen Prozess entstanden, in dem eine schon vorhandene, territorial abgegrenzte Bevölkerung zu einem Staatsvolk geformt wurde. Die Nationalstaatsbildung schloss nicht aus, dass dieses Staatsvolk neue, von außen kommende Mitglieder aufnahm und assimilierte – jeder vierte Franzose hat einen ausländischen Großelternteil –, aber Einwanderung war nie nations- oder staatsbegründend. Der Satz *Deutschland ist Einwanderungsland* ist geschichtlich also falsch; er formuliert keine Faktenaussage, sondern ein politisches Programm, nämlich: „Deutschland soll Einwanderungsland werden.“

Programmsätze sind keine Faktenaussagen

In der öffentlichen Diskussion um das „Einwanderungsland Deutschland“ wird die programmatische mit der faktischen Ebene oft durcheinander gebracht. Programmatische Aussagen können zwar durchaus von Tatsachen ausgehen, sie

sind aber zukunftsbezogen und deshalb durch bestehende Fakten nicht beweisbar. Dass in Deutschland gegenwärtig neun Prozent der 82 Millionen Einwohner Ausländer sind, ist kein Beweis für ein „Einwanderungsland“: Abgesehen davon, dass der Ausländeranteil in der Schweiz doppelt und in Luxemburg dreimal so hoch ist und beide Staaten sich nicht als „Einwanderungsland“ verstehen, kann eine solche Quote nicht einfach fortgeschrieben werden – die Zukunft bleibt offen. Auch den jährlichen Zuzug von 600 000 bis 700 000 Ausländern nach Deutschland kann man nicht unter „Einwanderungsland“ verbuchen: Die Nettozuwanderung ist viel geringer, weil pro Jahr 500 000 bis 600 000 Ausländer Deutschland verlassen – man könnte also auch von einem „Auswanderungsland Deutschland“ sprechen. Aus diesen und ähnlichen Daten lässt sich lediglich schließen, dass Deutschland eine Migrationsdrehscheibe geworden ist, sozusagen ein „Durchwanderungsland“ (was gegenüber einem Einwanderungsland das Problem der Integration der Migranten allerdings verschärft).

Einwanderung als Schicksal?

Ob ein Staat politisch ein Einwanderungsland ist oder nicht, lässt sich nicht aus demographischen Daten ableiten. Entscheidend ist einerseits der Wille des Staatsvolkes, Einwanderungsgesellschaft zu sein, und andererseits der Wille der Einwanderer, Mitglied dieses Staatsvolkes zu werden. Im deutschen Fall ist dieser Wille weder beim Staatsvolk noch bei den Zuwanderern mehrheitlich vorhanden, womit die Frage, *ob Deutschland ein Einwanderungsland sei*, an sich entschieden wäre – wenn sie demokratisch, in einer nationalen Debatte, gestellt würde. Sie wird aber nicht gestellt, weil – so die herrschende Meinung – das Thema sich nicht für den Wahlkampf eignet und eine Antwortoption auch gar

nicht mehr besteht: Deutschland sei „unumkehrbar“ Einwanderungsland geworden („Es gibt keine Alternative“), und wer sich dieser schicksalhaften Notwendigkeit nicht beugt, den bestraft die Geschichte. Das Bestrafungsszenario wird ausgemalt im Bild einer demographischen Katastrophe, prophezeit für das Jahr 2050, in dem ein Deutschland ohne Einwanderung nur noch 59 Millionen Einwohner zählen werde (davon ein Drittel über 65-Jährige), die Renten unbezahlbar seien und die Wirtschaft ohne Arbeitskräfte. Damit Letzteres nicht eintrete, errechnete eine Studie der Vereinten Nationen eine notwendige jährliche „Bestandmigration“ von 458 000 Einwanderern nach Deutschland; um auch die Überalterung der Bevölkerung zu stoppen, wären jährlich 3,4 Millionen nötig. Solche Modellrechnungen sind statistisch gesehen nicht falsch, aber reine Zahlenspielerien, weil sie von unrealistischen Annahmen ausgehen, zum Beispiel dass Deutschland bei einem massiven Arbeitskräftemangel weiter vier Millionen Arbeitslose haben werde sowie eine im internationalen Vergleich niedrige Frauenerwerbsquote und hohe Frühverrentung. In der Öffentlichkeit wurde die demographische Horrorbotschaft aber freudig vernommen – „Ohne Einwanderer verspielen wir unsere Zukunft“, titelte *Die Zeit* (2. März 2000) –, und vor allem die deutsche Wirtschaft fühlte sich bestätigt: „Ich halte eine Größenordnung von 300 000 bis 400 000 Arbeitskräften für realistisch“, bezifferte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie den jährlichen Einwanderungsbedarf (*Frankfurter Rundschau*, 5. Juni 2000).

Der Green-Card-Flop

Damals, Mitte 2000, boomten Wirtschaft und Börse auf der Woge von IT und *New Economy*, und auch die Politik wollte mitschwimmen: Um den plötzlich auftre-

tenden Fachkräftemangel in der Informations- und Kommunikationstechnologie zu beheben – in den neunziger Jahren hatte die deutsche Wirtschaft nur wenige Absolventen dieser Fachrichtungen eingestellt, weshalb die Studienanfängerzahlen sich halbiert hatten –, wurde vom Bundeskanzler persönlich auf der CeBIT-Messe in Hannover die *Green Card* kreiert: 20 000 IT-Spezialisten (die Wirtschaft hatte einen Sofortbedarf von einer Viertelmillion angemeldet) sollten jährlich aus Nicht-EU-Ländern, vor allem aus Indien, nach Deutschland kommen, und findige Unternehmer planten bereits, Direktflüge einzurichten.

Der Berg kreierte – und ein Jahr später ward ein Mäuslein geboren: Ganze 8556 *Green Cards* hatte man ausgegeben (davon ein Fünftel an schon in Deutschland lebende Bewerber), und niemand weiß, wie viele dieser Arbeitsverhältnisse heute noch bestehen; denn die *New Economy* ist inzwischen abgestürzt. Fazit: „Die *Green Card* für ausländische IT-Experten wird mehr und mehr zum Flop“ (so die *Wirtschaftswoche* am 26. Juli 2001).

Einwanderungsgesetz ohne Einwanderung

Eigentlich wollte die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode kein Einwanderungsgesetz vorlegen – aus guten Gründen, die Innenminister Schily noch Anfang 2000 so zusammenfasste:

„Schon jetzt kommen jährlich 260 000 Asylbewerber, Aussiedler und Familienangehörige hier lebender [Nicht-EU-] Ausländer zu uns. Wenn ein solches Gesetz unter dem Strich nicht zu erhöhter Zuwanderung führen soll, was weder Regierung noch Opposition wollen, müsste man eine [Einwanderungs-]Quote Null festlegen, und damit macht ein Gesetz keinen Sinn.“ (*Wirtschaftswoche*, 23. März 2000)

Im Zuge der *Green-Card*-Kampagne mit ihrem Ruf nach *New People* gab der

Innenminister seine ablehnende Haltung auf, und nach dem Spruch der Süßmuth-Kommission (einer Art deutscher Konsensgemeinschaft), Deutschland sei Einwanderungsland, musste er rasch einen Gesetzentwurf ausarbeiten; denn ein Einwanderungsland ohne Einwanderungsgesetz wäre ja widersprüchlich. Das bisherige Ergebnis – es heißt nicht *Einwanderungsgesetz*, sondern *Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung* – regelt zwei inhaltlich ganz verschiedene Komplexe: erstens die Armut- oder Sozialmigration (Asyl, Flüchtlinge und so weiter), genannt „humanitäre Zuwanderung“, und zweitens die Arbeitsmigration. Der finanzielle Saldo zwischen beiden Migrantengruppen ist derzeit stark negativ und würde es auch nach dem neuen Gesetz bleiben, konkret: 8500 *Green-Card*-Arbeitsmigranten werden nicht die Kosten von 100 000 Asylbewerbern erwirtschaften. Das Ziel eines Einwanderungsgesetzes, laut Süßmuth „zu einem gut ausbalancierten Verhältnis zwischen arbeitsmarktbedingter Zuwanderung und humanitär begründeter Flüchtlingsaufnahme zu kommen“ (SZ, 8. September 2001), versucht die Quadratur des Kreises: Kein wirkliches Einwanderungsland kann ökonomische und humanitäre Migration ausbalancieren, es kann allenfalls – wie zum Beispiel die USA – in die jährliche Einwanderungsquote ein humanitäres Kontingent einbauen. Das „Einwanderungsland Deutschland“ will es genau umgekehrt machen: Es bleibt weiter im Prinzip unbeschränkt offen für die nicht-ökonomische Sozialmigration, bei der die Einwanderer das Land aussuchen statt das Land die Einwanderer, und sattelt darauf ein kleines Kontingent Arbeitsmigration.

Verdrängte Migrationsrealität

Deutschland ist ein wirtschaftlich reiches Land und konnte deshalb in den neunzi-

ger Jahren drei Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende auf Dauer oder vorübergehend in seinen Sozialstaat aufnehmen. Aber warum muss diese Elendsmigration als *Einwanderung* bezeichnet werden und der großzügige Sozialstaat als *Einwanderungsland*?

Vermutlich deshalb, weil durch den dynamischen, positiv besetzten Begriff der Einwanderung die Migrationsrealität einen Sinn und eine Rechtfertigung erhält, die sie ansonsten, in einem normalen politisch-moralischen Koordinatensystem, nicht hätte. Welchen Sinn macht es zum Beispiel, jährlich einige Millionen Mark für anthropologische Gutachten auszugeben, um das Alter krimineller jugendlicher Asylbewerber, die bei der Einreise ihre Dokumente vernichtet haben, wissenschaftlich festzustellen? Gehört es zum „weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe“, dass nun entsprechende Forschungsaufträge finanziert werden müssen, weil die Organisation ProAsyl „in Frage stellt, ob Vergleichswerte, die meist an Europäern oder Nordamerikanern erhoben wurden, bei Menschen afrikanischer oder asiatischer Herkunft überhaupt zutreffen“ (SZ, 28. August 2000)? Es macht auch kaum einen moralischen Sinn, wenn die Stadt München 3000 Flüchtlinge durch 350 Mitarbeiter betreuen lässt – die Grünen nennen dies „den hohen Standard der Münchner (Flüchtlings-)Betreuung“ (SZ, 18. August 2001) – und andererseits in den städtischen Altenheimen die Pflegebedürftigen aus Personalmangel nachts nicht mehr auf die Toilette geführt, sondern in Windeln gewickelt werden. Diese Migrationsrealität, die sowieso politisch weitgehend tabuisiert ist, würde unter Mantel des Einwanderungslandes endgültig verhüllt werden.

Neben der praktischen Funktion, die Migrationsrealität zu überdecken, erfüllt das Konzept vom *Einwanderungsland Deutschland* noch eine politische Orientie-

rungsaufgabe: den Ausdruck kollektiver Identität.

Kollektive Identität

Die Identität des deutschen Staatsvolkes ist, geschichtlich gesehen, nationalkulturell und konnte deshalb auch vierzig Jahre politischer Teilung der Nation überdauern. Heute gilt allerdings dieses Identitätskonzept, wie die Leitkultur-Debatte gezeigt hat (vergleiche hierzu *Die politische Meinung* 374, Januar 2001), nur noch eingeschränkt als politisch korrekt. Für den dadurch entstandenen Identitätsbedarf bietet das *Einwanderungsland Deutschland* ein neues Angebot, das man als „postnational“, „multikulturell“ oder Ähnliches bewerten mag; jedenfalls ist es primär nicht mehr „deutsch“, und in letzter Konsequenz könnte es ein *Einwanderungsland Deutschland* auch ohne deutsche Nation geben. Vielleicht wollte das die Grünen-Vorsitzende Roth ausdrücken, als sie Anfang

1990, wenige Monate vor der Wiedervereinigung, hinter einem Spruchband demonstrierte, das die Forderung stellte: *Nie wieder Deutschland!*

Das weitere parlamentarische Verfahren in puncto Einwanderungsgesetz ist derzeit nicht abzusehen, wohl aber das Ergebnis: Nichts Nennenswertes. Ob mit oder ohne Gesetz, der Status quo wird mehr oder minder bleiben, allerdings unter einer neuen Benennung: *Einwanderungsland Deutschland*. Eine Lösung des Migrationsproblems wird so lange auf sich warten lassen, wie die beiden Volksparteien (die hier an sich nicht weit auseinander liegen) durch ihren jeweiligen kleinen Koalitionspartner blockiert werden – es sei denn, die Migrationsrealität überschreitet die politische Schmerzgrenze ihrer Stammwählerschaft. Letzteres wünschen beide Parteien nicht, und deshalb hoffen sie gemeinsam, dass in das *Einwanderungsland Deutschland* möglichst wenige Einwanderer kommen.

Früher an später denken – erfolgreich im neuen Jahrtausend!



Bis zum Jahr 2006 fehlen in Deutschland rund 200.000 Vermögensberater. Studien belegen: Vermögensberatung ist die Nr. 1. Kein Beruf bietet mehr Perspektiven, in keiner Branche gibt es mehr Chancen. So ist der Beratungsbedarf in Sachen Riester-Rente gigantisch. Vergessen Sie alles, was Sie über Aufstieg, Karriere und beruflichen Erfolg wissen. Gehen Sie jetzt auf die Überholspur, und werden Sie Vermögensberater bei der Deutschen Vermögensberatung AG. Wir sind der weltweit größte eigenständige Finanzvertrieb. Unsere mehr als 25.000 Vermögensberater betreuen über 3,5 Millionen Kunden, wenn es um Versicherungen, Bankdienstleistungen und Bausparen geht. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Partnerschaft mit Ihnen. Schreiben Sie uns! ■

Deutsche Vermögensberatung
Aktiengesellschaft
Münchener Straße 1
D-60329 Frankfurt am Main
Telefon (069) 23 84-0
Telefax (069) 23 84-185
www.dvbg.de

*Früher an
Später denken!*



Deutsche
Vermögensberatung